An die kantonalen öffentlichen Organe gerichtete Einspruch gegen die Datenbekanntgabe an Privatpersonen

	An (<i>betroffenes öffentliches Organ</i>)
Die/der Unterzeichnete Name, Vorname:	
Adresse:	
Gegenstand des Ersuchens:	Nach Artikel 26 Abs. 2 des Gesetzes vom 25. November 1994 über den Datenschutz, DSchG (SGF 14.1) kann eine Person, die ein berechtigtes Interesse hat, von einem öffentlichen Organ verlangen, dass dieses keine persönlichen Daten über sie bekanntgibt. Mit diesem Formular verlangt die/der Unterzeichnete von (öffentliches Organ X), die Bekanntgabe von Daten über sie/ihn an Dritte zu unterlassen.
Rechtsgrundlagen:	Art. 11 und Art. 26 Abs. 2 DSchG.
Rechtsprechung:	Urteil der eidgen. Datenschutzkommission im Strassenverkehrsrecht (VPB 2004 III 68.69)
Begründung des berechtigtes Interesses für das Ersuchen (Art. 26 Abs. 2 DSchG) (<i>z.B.: Sicherheit der betroffenen Person und der Mitglieder ihrer Familie, Schutz vor Belästigung usw.</i>)	
Bemerkungen:	Die Möglichkeit nach den Artikeln 11 Bst. a und 26 Abs. 2 DSchG begründet kein generelles Sperrrecht. Auf kantonaler Ebene muss sich die betreffende Person an die einzelnen öffentlichen Organe wenden, die Personendaten über sie bearbeiten, um sich der Bekanntgabe zu widersetzen, und muss grundsätzlich ihr berechtigtes Interesse daran begründen. Es obliegt dem einzelnen kantonalen Organ zu prüfen, ob es nach der Gesetzgebung dem Ersuchen stattgeben kann.
Kommentare:	

Datum, Unterschrift:

Dieses Formular ist vorzugsweise persönlich abzugeben, unter Vorweisung eines Identitätsausweises. Wird das Gesuch per Post eingereicht, so ist die Kopie eines Identitätsausweises beizulegen.